



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Maintal

An den
Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Maintal
Herrn Karl-Heinz Kaiser
Klosterhofstraße 4-6
63477 Maintal

Maintal, 15. November 2018

Betreff:
Antrag der SPD Fraktion

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Maintal stellt nachfolgenden Antrag für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Maintal am 10. Dezember 2018.

Die Stadtverordnetenversammlung Maintal möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen unter welchen Voraussetzungen Expresslinien von den Maintaler Bahnhöfen zur U-Bahn-Station in Enkheim in den Stoßzeiten zwischen 06.30 und 9.30 Uhr angeboten werden können.
2. Der Magistrat wird beauftragt mit Hessen-Mobil (und anderen verantwortlichen Gremien und Institutionen) Gespräche dahingehend zu führen, dass in den morgendlichen Stoßzeiten zwischen 06.30 und 09.30 Uhr eine Fahrbahn auf der A-66 Richtung Frankfurt für den ÖPNV und Fahrgemeinschaften (mindestens 3 Personen) reserviert ist.
3. Der Magistrat wird beauftragt über einen entsprechenden Antrag der Stadt Maintal im Regionalverband Frankfurt-Rhein-Main die Einführung eines Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main-Tickets in Höhe von 365,00 Euro im Jahr zu initiieren.
4. Über die Ergebnisse der Prüfungen und Gespräche berichtet der Magistrat in der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Maintal in 2019 und reicht – soweit sich weitere Maßnahmen aus den Prüfungen und Gesprächen ergeben – entsprechende weitere Vorlagen zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung ein.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Maintal

Begründung:

Der ÖPNV in und um Maintal sowie die Überlastung der Straßen im Rhein-Main-Gebiet stellen einen - insbesondere für die Pendler*innen, die auch auf einen verlässlichen und preisgünstigen ÖPNV angewiesen sind - unerträglichen Zustand dar.

In der vergangenen Woche wurde die Maintaler Öffentlichkeit darüber informiert, dass mit dem Fahrplanwechsel im Dezember die RB51 um 7.35 Uhr in Richtung Frankfurt gestrichen wird. Als Ersatz wird eine neue Verbindung um 7.24 Uhr mit Fahrt zum Hauptbahnhof Frankfurt angeboten. Zusätzlich zu dieser Veränderung erleben Pendler*innen tagtäglich Zugausfälle, Verspätungen und Störungen im Betriebsablauf. Dies alles hat erhebliche Auswirkungen auf die Pendler*innen – sowohl im beruflichen als auch im privaten und familiären Bereich.

Die Deutsche Bahn begründet ihre Entscheidung zur Streichung der RB51 und die Verspätungen des regulären Linienverkehrs wie folgt:

„Die nordmainische Verbindung zwischen Hanau und Frankfurt gehört zu den am stärksten ausgelasteten Strecken im Rhein-Main-Gebiet. Durch die enge Zugfolge steigt das Risiko für Verspätungen: Fährt nur ein Zug wenige Minuten zu spät, behindert er nachfolgende Züge und die Verspätung breitet sich wie bei einem Dominoeffekt bis nach Frankfurt Hauptbahnhof weiter aus. Insbesondere die aktuelle Verbindung mit der Linie RB51 um 7.35 Uhr ab Maintal Ost ist häufig von Verspätungen betroffen. Dies ist nicht nur ärgerlich für die Fahrgäste, die mit dieser Linie unterwegs sind, sondern auch für alle anderen, die warten müssen, wenn der verspätete Zug andere Verbindungen ausbremst. Um die Situation zu stabilisieren und die Pünktlichkeit zu erhöhen, wird dieser Zug der Linie RB51 ab Fahrplanwechsel deshalb ab Hanau südmainisch fahren und kann daher nicht mehr in Maintal Ost halten. Um dennoch den Fahrgästen aus Maintal gegen 7.30 Uhr eine schnelle Verbindung zum Frankfurter Hauptbahnhof zu bieten, wird der Regionalexpress RE50 um 7.24 Uhr zusätzlich in Maintal Ost halten. Mit diesem Zug sind die Pendlerinnen und Pendler um 7.40 Uhr am Frankfurter Hauptbahnhof. Weitere Verbindungen zwischen Maintal Ost und Frankfurt bestehen mit Zügen der Linien RB58 und RE59.“

Diese Begründung erscheint nach Ansicht des Antragstellers auf dem ersten Blick schlüssig, allerdings fehlen Konzepte der Verantwortlichen wie – insbesondere bei langjährigen Baumaßnahmen – gewährleistet werden kann, dass Bürger*innen schnell und zuverlässig von A nach B kommen.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Maintal

Zusätzlich zum Chaos bei der Deutschen Bahn stellt auch die Anfahrt zum Arbeitsplatz mit dem PKW eine erhebliche Belastung dar. So sind etwa die Hanauer Landstraße oder die A-66 täglich überfüllt, die Straßeninfrastruktur ist für das aktuelle Verkehrsaufkommen nicht ausgelegt.

Die Stadt Frankfurt am Main hat im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen aktuelle Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung veröffentlicht. Zeitnahe werde die Stadt Frankfurt über 750.000 Bürger*innen haben, ein Zuwachs auf 850.000 Menschen, die in Frankfurt leben, wird in den kommenden 10 Jahren erwartet. Gleichzeitig pendeln täglich rund 360.000 Menschen nach Frankfurt ein. Ähnliche Entwicklungen der Bevölkerungszahlen sind in anderen Städten und Gemeinden im Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main festzustellen.

Nach Ansicht des Antragstellers ist die Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur nicht vorbereitet und steht kurz vor einem Verkehrsinfarkt. Insofern wird es für richtig erachtet, dass im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten der Stadt Maintal Vorschläge erarbeitet und in die politische Diskussion gebracht werden, die wenigstens in Teilbereichen eine Verbesserung für die Pendler*innen und Bürger*innen darstellen. Die Maßnahmen unter Ziff. 1 und 2 leisten hierzu einen Beitrag.

Die SPD-Fraktion vertritt die Position, dass alle Fragen rund um den ÖPNV nicht mehr alleine in den Kommunen gelöst werden können und auf Ebene der Regionalvertretung zukunftsweisende Lösungen zur Verbesserung des ÖPNV erarbeitet werden müssen. Neben einem Zusammenschluss der einzelnen Stadtverkehrsgesellschaften zur Optimierung der Verwaltungs- und Abstimmungsprozesse erachtet es die SPD-Fraktion für sinnvoll und gegeben, weitere Anreize für eine Verlagerung der Mobilität von der Straße auf die Schiene zu erreichen. Dies geht nach Auffassung der SPD insbesondere auch durch einen kostengünstigen ÖPNV. Die Einführung eines 365-Euro-Metropoltickets (vgl. hierzu ÖPNV-Konzept von Wien) ist eine passende Möglichkeit.



Sebastian Maier
Vorsitzender